

# Welt der Arbeit

Ausgabe 19

www.weltderarbeit.de

11. Mai 2005

## WdA im Mai

Die so genannte Kapitalismuskritik des SPD-Vorsitzenden ist unglaublich, weil sie in völligem Gegensatz zur Politik der SPD-geführten Regierung steht und weil sie wohl nicht zufällig zeitlich nah zu einer wichtigen Landtagswahl geäußert wurde. Aber sie hat einen Nerv vor allem bei abhängig Beschäftigten berührt: Ihre Rechte werden in dramatischer Weise mehr und mehr beschnitten. Unter anderem werden nach dem Motto „Teile und herrsche“ die Flächentarife abgebaut. Gleichzeitig fahren viele Großunternehmen gigantische Profite ein und ihre Manager entlohnen sich fürstlich. Anstand, Moral und die Sozialverpflichtung des Eigentums sind inzwischen Ausnahmereischeinungen. Davon handelt diese Ausgabe der *Welt der Arbeit*. Sie erinnert außerdem an Max von der Grün und die Ursprünge der Ruhrfestspiele.

### Die Themen im Einzelnen:

Seite 1:  
**Das Ende der Flächentarife?**  
Seite 2:  
**Streik gegen Ausbeutung und Willkür!**  
Seite 3:  
**Wie die Bosse abkassieren**  
Seite 4:  
**Steuerparadies Deutschland**  
Seite 5:  
**Blick zurück:  
Mit Nathan dem Weisen ins sechzigste Jahr**  
Seite 6:  
**Bürger erfolgreich gegen Privatisierung;  
Gefährliche Dummschwätzer**  
Seite 7:  
**Rentenbesteuerung;  
Neue Erkenntnis?**  
Seite 8:  
**Stimme der Arbeitswelt, Ein-Euro-Jobs, WissenTransfer**  
Seite 9:  
**Niedriglohnarmut steigt,  
Kommentar, Buchtipps,  
Impressum**

## Das Ende der Flächentarife?

In einigen Branchen wird sich in diesem Jahr entscheiden, ob es künftig noch Flächentarifverträge geben wird. Die beteiligten Unternehmerverbände sind fest entschlossen, keine neuen Tarifverträge abzuschließen, wenn sich die Gewerkschaften ihren Diktaten nicht unterwerfen. Nur Streiks können den Neuabschluss gekündigter Tarifverträge erzwingen – sofern die Beteiligung daran von überzeugender Stärke ist.

Streiks in der Papier, Pappe und Kunststoffverarbeitenden Industrie haben die Unternehmer immerhin wieder an den Verhandlungstisch gezwungen, auch wenn die von ihnen Forderungen zunächst nicht abgerückt sind. Vielmehr versuchen sie, die Streikbereitschaft der Beschäftigten durch Einschüchterung und Erpressung zu brechen.

Auch in der Druckindustrie haben die Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Manteltarifvertrages und über neue Lohn- und Gehaltstarifverträge keine Annäherung der kontroversen Standpunkte gebracht. Die tarifliche Friedenspflicht ist beendet. Seit Anfang Mai finden bundesweit Streikaktionen statt. Die von den Unternehmern geforderten Öffnungsklauseln in neuen Tarifverträgen werden kompromisslos abgelehnt.

Der Einzelhandel ist nach Industrie und Handwerk die drittgrößte Branche in Deutschland. Für die insgesamt etwa 2,4 Millionen Beschäftigten fordert ver.di tarifliche Einkommensverbesserungen von 3,5 Prozent. Die untersten Lohngruppen sollen gezielt angehoben werden. Aber die Unternehmer des Einzelhandels wollen in dieser Tarifrunde einen grundlegenden Kurswechsel durchsetzen. Nach den Vorstellungen der Handelsverbände soll der Flächentarifvertrag durch mehrere Öffnungsklauseln „flexibler“ gestaltet werden. Künftig sollen Wochenarbeitszeiten von bis zu 40 Stunden erlaubt sein.

Zugleich wollen die Einzelhandelsunternehmer einen Spielraum eröffnen, der es ermöglicht, Urlaubs- und Weihnachtsgeld an den Unternehmenserfolg zu koppeln. Für die rund 260.000 Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Groß- und Außenhandels fordert ver.di in den Verhandlungen seit Ende April eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um vier Prozent, mindestens um 80 Euro im Monat.

Für die 550.000 Beschäftigten in der Chemischen Industrie will die IG BCE in den anstehenden Tarifverhandlungen spürbare Reallohnsteigerungen durchsetzen. Wie schon 2003 hat die IG BCE auch jetzt keine konkrete Prozentzahl zur Lohnforderung genannt. Zumindest soll der Tarifabschluss sowohl die Produktivitätssteigerung der Branche von etwa 2,2 Prozent als auch die Preissteigerung von 1,6 Prozent berücksichtigen. Parallel zur Entgeltrunde will die Gewerkschaft erstmals über eine Neuregelung verhandeln, mit der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber Nichtmitgliedern begünstigt werden können. Es überrascht allerdings kaum, dass auch dieser Vorschlag vom Unternehmerverband abgelehnt wird.

Falls es den Gewerkschaften nicht gelingt, die Unternehmer durch umfangreiche Streiks in die Knie zu zwingen, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Neuabschluss der Flächentarifverträge mit Verschlechterungen für die abhängig Beschäftigten oder überhaupt keine Tarifverträge. Allerdings sind weniger Tarifrechte nicht mehr zumutbar! Gewerkschaften, die sich auf faule Kompromisse einlassen, verlieren restlos Glaubwürdigkeit und Macht! Es bleibt folglich nur der Häuserkampf, falls die Unternehmerverbände verhandlungsresistent bleiben. Zur Rettung und Verbesserung ihrer Tarifverträge müssen die Beschäftigten in jeder Firma unnachgiebig kämpfen. Sonst wird es künftig keine Tarifrechte mehr geben.

Franz Kersjes

## Streik gegen Ausbeutung und Willkür!

Die Tarifsituation in der Druckindustrie und in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie ist dramatisch! Es wurde monatelang verhandelt. Ohne Ergebnis. Viele Belegschaften haben sich an Streikaktionen beteiligt. Aber das reicht nicht, jedenfalls noch nicht, um die Forderungen der Unternehmer erfolgreich abzuwehren.



Foto: Arbeiterfotografie

Viele Firmen haben bereits in den vergangenen Jahren den zuständigen Unternehmerverband verlassen und versucht, sich aus der Tarifbindung zu lösen. Die Verbände sind unter Druck geraten und bieten nun ihren Mitgliedsbetrieben einen Wechsel in eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung an. Diese Tarifflicht, die seit mehr als zehn Jahren ansteigt, konnte in den meisten Fällen von den Gewerkschaften nicht erfolgreich bekämpft werden, weil die Kampfbereitschaft der Belegschaften viel zu schwach war. Nun wollen sich auch die verbliebenen tarifgebundenen Firmen von den Tarifnormen befreien.

Die Unternehmerverbände der Druckindustrie sowie der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie wollen wesentliche Tarifrrechte beseitigen. Nach Gutsherrenart wünschen sie mit Hilfe tariflicher Öffnungsklauseln über wichtige Arbeitsbedingungen betrieblich zu entscheiden.

Doch ihr Forderungskatalog ist für keine Gewerkschaft akzeptabel:

- Arbeitszeitverlängerung nach betrieblichen Bedürfnissen bis zu 40 Stunden in der Woche ohne Lohnausgleich.
- Der Samstag soll ohne Einschränkung wieder Regelarbeitstag sein.
- Streichung oder Absenkung der Jahresleistung und des Urlaubsgeldes auf Betriebsebene.
- Geringere Zuschläge für Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit.

### Mehr Leistung – weniger Geld

Die Unternehmer verlangen von den Beschäftigten mehr Leistung bei sinkenden Einkommen! Obwohl der Markt keine Steigerung der Produktion erfordert, soll die Arbeitszeit verlängert werden. Das bedeutet: Kosteneinsparungen durch geringere Stundenlöhne und Personalabbau.

Seit 1. April 2005 befindet sich der Manteltarifvertrag für die Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie nach der Kündigung durch den Unternehmerverband in der Nachwirkung. Auch in der Druckindustrie ist die Friedenspflicht seit dem 1. Mai beendet. Trotzdem werden in beiden Tarifbereichen immer wieder neue Verhandlungstermine vereinbart, ohne dass die Unternehmerfunktionäre von ihren Forderungen abweichen. Derweil versuchen sie in den Betrieben, ihre Forderungen durch Änderung der Einzelarbeitsverträge durchzusetzen. Die Angst der Beschäftigten vor dem Verlust



Foto: Privat

ihrer Arbeitsplätze schwächt die Gegenwehr. Diese Situation nutzen viele Unternehmer mit brutaler Härte zu ihrem Vorteil.

### Tarifrrechte: ein Politikum

Der Kampf um den Neuabschluss der Flächentarifverträge ohne Verzichte auf bisherige Tarifrrechte ist eine sehr politische Auseinandersetzung. Die Mehrheit der Unternehmer will sich von der sozialen Verantwortung für die Beschäftigten und für diejenigen, die Arbeit suchen, befreien. Die Aufhebung der Tarifbindung gehört im Neoliberalismus zu einem der wichtigsten Elemente der Strategie des Kapitals.

### Gegenmacht organisieren!

Dringend erforderlich ist deshalb eine radikale Aufklärung über die individuellen und gesellschaftlichen Folgen dieser menschenverachtenden Politik! Es ist bisher nicht gelungen, die Gegenmacht zu organisieren. Die Gründe dafür müssen untersucht werden; die Ergebnisse müssen Folgen haben! Fest steht schon jetzt: Die Gewerkschaften können die Zukunft nicht mehr mit den Erfahrungen von gestern gestalten.

Franz Kersjes

## Wie die Bosse abkassieren

In Deutschland kassieren so genannte Spitzenmanager allmonatlich sehr viel Geld – Geld als Prämien für die Ausbeutung der Beschäftigten zur Steigerung der Profite von Vermögensbesitzern. Mit Leistung haben diese Einkünfte nichts zu tun.

Die durchschnittliche Vergütung für Vorstände deutscher Aktiengesellschaften stieg nach Angaben des *Spiegel* in der Zeit von 1997 bis zum Jahr 2000 um 92,1 Prozent. Zum Beispiel: Im vergangenen Jahr kassierten die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank durchschnittlich jeweils 6,28 Mio. Euro und bei DaimlerChrysler 2,63 Mio. Euro.

### Geldgier ohne Skrupel

Der Wirtschaftswissenschaftler Michael Adams von der Universität Hamburg stellt fest, bei der Vergütung mancher Vorstände handle es sich um „ein Ausplünderungsverfahren“ und um „Selbstbedienung“; denn die Vergütungen für die Manager steigen in der Regel auch dann, wenn es den Unternehmen schlecht geht und/oder Arbeitsplätze vernichtet werden.

Spitzenverdiener unter den deutschen Managern ist der Chef der Deutschen Bank, Ackermann. Er kassierte im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt 10,1 Millionen Euro. Die Vergütung setzt sich zusammen aus einem Festgehalt von 1,15 Mio. Euro, einem Bonus von 5,01 Mio. sowie Aktienrechten und –optionen im Wert von 3,92 Mio. Seine drei Vorstandskollegen kamen auf jeweils 4,8 Millionen Euro. Um die Gewinne der Bank noch mehr zu steigern, sollen weitere 4.600 Stellen gestrichen werden, davon 2.300 in Deutschland. Die Zahl der Beschäftigten ist bereits binnen weniger Jahre um

rund 30.000 auf 65.000 gesunken.

Wie lange will unsere Gesellschaft ihre Ausbeutung durch Spitzenmanager und Vermögensbesitzer noch dulden? Wie groß darf in einer demokratischen Gesellschaft die Ungleichheit sein? Der Boss der Deutschen Bank kassiert im Jahr so viel wie etwa 750 Kindergärtnerinnen verdienen! Die Vergütungen für Vorstände betragen im Jahr 2003 bei E.ON 4,3 Millionen Euro, bei RWE 2,5, bei Siemens 2,4, bei Metro 2, bei Deutsche Telekom 1,8 Millionen Euro, usw. Einige Investment-Banker kassieren als Angestellte von Banken zusammen mit allen Prämienzahlungen noch mehr als die Vorstände. Laut *Focus* besitzen bis zu 300 Top-Banker der Deutschen Bank 7 bis 15 Prozent aller Aktien dieses Geldinstituts. Ihr Wert beträgt derzeit mindestens drei Milliarden Euro (*Hamburger Abendblatt* vom 19. März 2004).

Topmanager sind bestrebt, ihre Einkünfte und ihr Vermögen vor dem Zugriff des Staates zu schützen. Mit Hilfe von Steuersparmodellen und Kapitalflucht entziehen sich die Raffgierigsten einer angemessenen Beteiligung an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben.

### Manager ohne Verantwortung

Manager haften in der Regel nicht für die finanziellen Folgen von Fehlentscheidungen und Missmanagement; denn ihre vertraglich vereinbarte Haftungsfreistellung lässt nur im Falle von „Vorsätzlichkeit“ minimalen Schadenersatz zu – monatliche Abzocke ohne jede persönliche Haftung! Wenn es nämlich richtig

teuer wird, zahlen Versicherungen, bei denen sich Unternehmen in der Regel gegen Management-Fehler absichern. Es zahlen aber nicht nur Versicherungsgesellschaften in Fällen von Missmanagement. Den Schaden haben in erster Linie die Beschäftigten; denn sie sind es, die schlechtere Arbeitsbedingungen, Einkommensverluste oder die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze erleben.

### Vorstandsgehälter offen legen

Spitzenmanager verweigern meistens Auskünfte über ihre Einkommen. Weil es etwa ein Drittel der DAX-Unternehmen ablehnt, Vorstandsgehälter offen zu legen, hat das Justizministerium jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt: Alle börsennotierten deutschen Unternehmen müssen einmal im Jahr die Gehälter der Vorstände bekannt geben. Die rot-grüne Bundesregierung will damit Konsequenzen aus der Weigerung mehrerer Unternehmen ziehen, die Gehälter der Top-Manager (z.B. bei DaimlerChrysler, BMW, BASF) freiwillig anzugeben. Vergleichbare Gesetze gibt es längst in den USA, in Kanada, Großbritannien, Frankreich und Italien. Doch so schlimm wird es für deutsche Manager nicht kommen. Die Regierung will ein Hintertürchen offen lassen: Durch Drei-Viertel-Mehrheiten können Hauptversammlungen die Manager ihrer Aktiengesellschaften von der Pflicht zur Offenlegung befreien. So wird die Verbundenheit von Politik und Kapital den Reichen immer noch einen Trost bereithalten.

Franz Kersjes

### Buchtipps

Rüdiger Liedtke

### **Wem gehört die Republik?**

Eichhorn Verlag, 600 Seiten, 24,90 Euro

## Steuerparadies Deutschland

Steuergerechtigkeit gibt es bislang nicht. Reformen benachteiligen meist den ärmeren Teil des Volkes. Die Besitzer größerer Vermögen haben Vorteile.

Von 1960 bis zum Jahr 2000 sank in (West-) Deutschland der Anteil der Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen von 20 Prozent auf 6,7 Prozent. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter von 6,3 auf 19,4 Prozent. Zu Beginn der Ära Kohl im Jahr 1983 machten Körperschafts- und Einkommenssteuer noch 14 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen aus. Im Jahr 2002 waren es nur noch 2,3 Prozent.

### Niedrigste Steuern EU-weit

Die Steuerlast der deutschen Unternehmen ist unter den 15 alten EU-Ländern nicht die höchste, wie es die nominalen Steuersätze vermuten lassen, sondern die niedrigste. Für Konzerne, die mit ihren Bilanzabteilungen die geltenden Gesetze zu nutzen wissen, ist unser Land ein Steuerparadies. DAX-Unternehmen zahlen nur noch 10 bis 15 Prozent ihrer Gewinne an das Finanzamt. Trotzdem schreien Manager und Konzernherren nach weiteren Steuersenkungen. Aber dadurch werden erfahrungsgemäß keine Arbeitsplätze geschaffen. Staat und Gesellschaft werden ausgebeutet ohne Gegenleistungen durch das Finanzkapital!

Der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass stellte in der *Monitor*-Fernsehsendung vom 17.03.2005 fest: „Es gibt ja das Dogma, wir brauchen internationales Finanzkapital. Das muss nach Deutschland kommen, dann

werden hier Arbeitsplätze geschaffen. Das genaue Gegenteil ist wahr. Diese so genannten internationalen Spekulanten, die werden durch das deutsche Steuersystem angeregt, in großem Umfang profitable mittelständische Unternehmen in Deutschland aufzukaufen, das gesamte Eigenkapital rauszuziehen, das mit Fremdkapital zu ersetzen und dann werden - statt in Deutschland - Gewinne, Schuldzinszahlungen ans Ausland ausgewiesen.“

Große Unternehmen und Konzerne nutzen alle gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten des Steuersystems. Die größte besteht darin, dass Unternehmen die Kosten von Auslandsinvestitionen voll hierzulande geltend machen können, ohne die Erträge in Deutschland versteuern zu müssen. Siemens hat zum Beispiel über Jahre Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet und ins Ausland verlagert. Der Konzern kann dafür einen Großteil der Ausgaben von der Steuer abziehen und lässt sich so – ganz legal – die Streichung von Arbeitsplätzen vom Steuerzahler mitfinanzieren. „Der Einzige, der in Deutschland noch nennenswert Steuern und Abgaben bezahlt, ist der deutsche Arbeitnehmer mit normalem Einkommen. Er bezahlt Sozialabgaben, er bezahlt Lohnsteuer und er bezahlt erhebliche Verbrauchssteuern. Er subventioniert sozusagen den Export seines eigenen Arbeitsplatzes,“ erklärt Wirtschaftswissenschaftler Jarass.

### Subventionen statt Steuern

Viele Unternehmen zahlen nicht nur keine Steuern, sondern erhalten auch noch erhebliche Mittel aus dem sinkenden Steuerauf-

kommen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) summiert die Subventionen pro Jahr auf etwa 156 Milliarden Euro. Das entspricht etwa 7,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Deutschland, das sind 35 Prozent des Steueraufkommens oder die gesamten Einnahmen aus der Lohn- und Einkommenssteuer. Allein die deutsche Landwirtschaft erhielt im Jahr 2002 Subventionen von fast sieben Milliarden Euro aus Brüssel. Hinzu kamen vier Milliarden Euro aus Berlin über Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Aber vor allem die großen Konzerne werden gefördert. Sie zahlen oft überhaupt keine Steuern, kassieren aber Subventionen. Unternehmen, die mit Subventionen Arbeitsplätze schaffen und später wieder vernichten, müssen allerdings die erhaltenen Fördersummen keineswegs zurückzahlen. Der Verzicht der Politik auf mögliche Steuereinnahmen und auf einen drastischen Abbau von Subventionen schafft keine Arbeitsplätze!

Es ist völlig unverständlich, dass bisher die Arbeitnehmer mit ihren Gewerkschaften nicht massenhaft protestieren, um die deutsche Steuerpolitik anzuprangern. Diese Politik muss endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

*Franz Kersjes*

### Buchtipps

Lorenz Jarass, Gustav Obermaier  
**Geheimnisse der Unternehmenssteuern**  
 Metropolis Verlag, 24,80 Euro  
[www.jarass.com](http://www.jarass.com)

Hans Weiss / Ernst Schmiederer  
**Asoziale Marktwirtschaft**  
 KiWi Verlag, 352 Seiten, 19,90 Euro  
[www.asoziale-marktwirtschaft.com](http://www.asoziale-marktwirtschaft.com)

**Blick zurück****Mit Nathan dem Weisen ins sechzigste Jahr**

Soeben haben die Ruhrfestspiele begonnen, in deren Mittelpunkt diesmal Gotthold Ephraim Lessing steht. Des Dichters Porträt zielt sogar jene Faltblätter, die taufische Uraufführungen und experimentelles Theater ankündigen. Mit „Minna von Barnhelm“, inszeniert vom neuen Spielleiter Frank Hoffmann, starteten die Festspiele gerade ins 60. Jahr ihrer Existenz. Von Lessing stehen weitere Schauspiele auf dem Programm, darunter *das Werk über Toleranz*, „Nathan der Weise“ als Berliner Gastspiel unter der Regie von Claus Peymann. Lessing ist schon weit über 200 Jahre tot. Doch seine Werke, besonders „Nathan“, besitzen noch heute brennende Aktualität. Das mag Spielleiter Hoffmann bewegen haben, dessen Dichter „als Hoffnungsträger in den Mittelpunkt des Festivals“ zu stellen. Aber es gibt, wie immer, auch fast Zeitgenössisches, von Ibsens „Hedda Gabler“ bis Becketts „Glückliche Tage“. Es gibt außerdem drei Uraufführungen, und es gibt junge Stücke über die Müh-sal der Existenz in Zeiten von Hartz IV, „kein Agitprop“, so verspricht der Programmzettel, sondern „Sozialpop“ Ob das bei den Betroffenen ankommt, wird sich in diesen Mai-Wochen im Recklinghäuser Festspielhaus zeigen. ([www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de))

**Kunst für Kohle**

So abwechslungsreich und welt-offen wie zum Start in ihr 60. Jahr waren die Ruhrfestspiele nicht immer - was niemanden wundern kann, der sich an deren Anfang in der unmittelbaren Nachkriegszeit erinnert. Auf die griffige Formel „Kunst für Kohle“ wurde später der Ursprung der Festspiele gebracht: Hamburger Theaterleute

kamen im ersten Jahr nach dem Krieg nach Recklinghausen; sie brauchten Heizmaterial, um den Spielbetrieb in ihren Theatern aufrecht zu erhalten. Ida Ehre, die Gründerin der Hamburger Kammerspiele, schilderte in ihrer Autobiographie die damalige Situation: „Wir haben bei Eises-kälte probiert, bei Eiseskälte das Stück herausgebracht. Wir saßen in den Garderoben, eingehüllt in alles, was warm war, wie die Eskimos. Das Publikum sah genau aus. Wir haben alle gezittert, aber wir waren begeistert. Wir hatten das Gefühl, ein neues Leben fängt an.“ Ein neues Leben – das werden die Bergleute im Revier auch empfunden haben. Sie beschafften an der britischen Besatzungsmacht vorbei Kohle aus der Schachtanlage König Ludwig in Recklinghausen-Suderwich und erhielten Kunst; die wurde im Sommer nach dem schlimmen Winter 1946/47 „geliefert“. Dramaturgen, Regisseure, Schauspieler aus Hamburg spielten auf der Zeche, der die ‚organisierte‘ Kohle entstammte. „Wiederkommen!“, applaudierten die Zuschauer am Schluss. Und im Grunde war damit die Idee der Ruhrfestspiele geboren.

Das war ein fast tollkühnes Vorhaben im noch weitgehend kriegszerstörten Deutschland. Trümmer ringsum und Demontage von Industrieanlagen, Rationierung der Lebensmittel und Schwarzmarktgeschäfte, wertlose Reichsmark statt harter D-Mark. In einem Zehn-Jahres-Rückblick schrieb Walter Dirks: „Die Anfänge ... haben für den rückschauenden Blick etwas Rührendes. Es gab kein Vorbild für dieses Unternehmen, den Einbruch dreier Theaterensembles in eine mittlere Stadt am

Rande des Ruhrgebiets. Das Unternehmen wuchs nicht aus genau fixierten Zuständigkeiten; es wuchs aus der Entschlusskraft einiger Menschen, und seine Ausführung war eine einzige Bewährung der Fähigkeit, zu improvisieren.“

**Die Stadt, das Land, der DGB**

Leiter der ersten Festspiele war Otto Burrmeister; als Paten fungierten Hans Böckler, der Vorsitzende des kurz vorher gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes, außerdem die Bürgermeister von Recklinghausen und Hamburg. Bald nach dieser Initialzündung übernahmen der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Stadt Recklinghausen Verantwortung für die „Kulturtage der Arbeit“. Das Land Nordrhein-Westfalen stieg finanziell ein, und Bundespräsident Heuss war nach Gründung der Republik der prominenteste Förderer. Bald spielte man auch nicht mehr auf der Zeche, sondern im Saalbau, bis 1965 das Haus der Ruhrfestspiele im Recklinghäuser Stadtgarten eröffnet werden konnte.

Zu diesem Zeitpunkt gab es längst eine inhaltliche Erweiterung der Spiele. Konzerte, Kunstaussstellungen, Tanztheater waren hinzu gekommen, später die Wandlung zu einem „europäischen Festival“ in dem Bestreben, neben das politische Europa auch „ein Europa der Kunst“ zu stellen und damit der Völkerverständigung zu dienen. Trotz vieler Wandlungen und etlicher überstandener Stürme, zuletzt der abrupte Wechsel der Spielleiter, sind die Ruhrfestspiele immer ein politisches Festival geblieben – das einzige in Europa.

*Anna Riedel*

## Bürger erfolgreich gegen Privatisierung

Am 27. Februar 2005 entschieden sich in einem Bürgerentscheid 27.435 Bürgerinnen und Bürger aus Mülheim an der Ruhr gegen Privatisierungen in öffentlichen Dienstleistungsbereichen. Mit diesem Ergebnis wurde erreicht, dass in den nächsten zwei Jahren Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht von privaten Unternehmen übernommen werden können.

Die Gegner der Forderungen der Initiatoren des Bürgerentscheids, wie die SPD, CDU und FDP lecken sich ihre Wunden. Ihre Behauptung, der Bürgerentscheid gefährde die Qualität der Daseinsvorsorge, weil sie ohne private Partner mit Kapital nicht gelöst werden könne, übersieht, dass auch über demokratische Strukturen, demokratische Kontrollen und über soziale Aufgaben der öffentlichen Hand, die nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verstanden werden können, abgestimmt wurde.

In diesem Zusammenhang habe ich in Leserbriefen u. a. darauf aufmerksam gemacht, dass im Entwurf der EU-Verfassung der „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ festgelegt werden soll. Es stellt sich die Frage: Wie wird in Zukunft die Balance zwischen der Privatwirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit sein? Eine veränderte gesellschaftliche Qualität wird sich entwickeln. Diese Sorge ist berechtigt, wenn man feststellt, dass in NRW mehr als „50 Prozent der Dienstleistungen, die zur öffentlichen Daseinsvorsorge gezählt werden“ in privater Hand sind. Abfallende Qualitäten der notwendigen Leistungen waren die Folge.

Bevor der Bürgerentscheid organisiert wurde, gab es das vorgeschaltete Bürgerbegehren. Für dieses Begehren konnten die Initiatoren (eine Bürgerin und zwei Bürger) genügend Unterschriften sammeln. Sie fanden dabei eine praktische Unterstützung vom ver.di-Bezirk Mülheim/Oberhausen, vom Bündnis 90/Die Grünen, von der Mülheimer Bürgerinitiative (MBI), ebenso von WIR AUS Mülheim, die beide Fraktionen im Rat der Stadt stellen, und attac.

Diesen Bescheid lehnte am 2. Oktober 2004 der Rat der Stadt mit Stimmen der SPD, CDU und FDP ab. Diese Ratssitzung machte deutlich, dass die Widersprüche zwischen gesellschaftlichen/sozialen Aufgaben und wirtschaftlichen Interessen nicht aufzulösen sind. Hier spielte auch ein Brief der Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, mit dem sie ihre Neutralität verlassen hat, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Verwaltung (vor dem Rats-Termin im Dezember) eine seltsame Rolle. In ihm steht u.a.: „Nach wie vor halte ich zentrale Argumente des Bürgerbegehrens für falsch...“. Etwas als „falsch“ zu erklären, was den „dauerhaften Verbleib der kommunalen Betriebe der Daseinsvorsorge im städtischen Besitz“ dienen soll, kann nur bedeuten, dass eine „Schuldenfalle“ die Politik in eine defensive Situation gedrängt hat. Ein Ausdruck von Ohnmacht, den die Mülheimer Bürger nicht wollen. Die Politik muss aus diesem Widerspruch heraus kommen. Hier gibt es u.a. Kooperationsmöglichkeiten. So hat nach dem Bürgerentscheid der Sozialdezernent Wilfried

Cleven gesagt: „Die von ver.di und dem Personalrat angekündigten Optimierungsprozesse müssen jetzt dringend umgesetzt werden“.

In der Nachbetrachtung der geschilderten Ereignisse kommt man zu der Feststellung, dass die Komplexität des Themas nur begriffen werden kann, wenn man sich Gedanken darüber macht, dass demokratische Strukturen nicht durch wirtschaftliche Interessen aufgeweicht werden dürfen und die demokratische Kontrolle im Sinne der sozialen Gerechtigkeit geschützt werden muss.

*Reinald Schnell*

### Wahlkampf NRW

#### **Gefährliche Dummschwätzer!**

„Es wird in diesem Land für die Wirtschaft (!) nur dann besser, wenn wir für dasselbe Geld mehr arbeiten. Noch nie hat ein Volk seine Probleme mit weniger Arbeit gelöst. Die 35-Stunden-Woche war ein Irrweg.“

**Jürgen Rüttgers**, Kandidat der CDU für das Amt des Ministerpräsidenten, in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 10.04.05

In einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Spiegel* wird der Spitzenkandidat der FDP, **Ingo Wolf** zitiert mit der Behauptung, dass „nur Arbeit die Menschen wirklich frei macht.“ - Das haben schon die Nazis verkündet. Am Tor zum Konzentrationslager Sachsenhausen stand der zynische Spruch: „Arbeit macht frei“.

## Rentenbesteuerung

Ich habe eine kleine Geschichte geschrieben, die sich so oder ähnlich im Bundeskanzleramt zugetragen hat. Mich wundert es, dass sie nicht öfters erzählt und niedergeschrieben wurde.

Seltsam ist es mit unseren Volksvertretern und unseren allerhöchsten Gerichten. Wenn es um die Renditen von Versicherungen und Banken geht, dann kennen diese Herren sich aus mit Zins und Zinseszins und sogar mit den komplizierten Rentenformeln.

Wenn es um die Rente der Sozialversicherungspflichtigen geht, dann haben diese Herren und Damen plötzlich alle ihre Fähigkeiten vergessen und beherrschen nur noch die simplen Formen der Addition und Subtraktion.

Da stellt das oberste Gericht fest, dass der Rentenbeitragszahler nur die Hälfte seiner Rentenbeiträge versteuert während der Beamte seine komplette Pension versteuern muss.

Natürlich hat der Beamte keine Beiträge für seine Pension entrichtet. "Aber der Beitragszahler zahlt ja nur Steuern für seine Hälfte, die vom Arbeitgeber bleibt unbesteuerter." So der Kommentar der Rechenkünstler.

Auf Geheiß des Gerichts machen sich sodann die Rechenkünstler der Regierung an einen Gesetzentwurf. Doch plötzlich fängt der Finanzminister fürchterlich an zu weinen, und der Chef fragt: "Was hast du?"

Und es beginnt ein amüsanter Zwiegespräch zwischen Chef und Finanzminister:

"Die Beitragszahler haben ja ihre Steuern im voraus entrichtet. Das macht doch sonst kein Mensch",

bemerkt erstaunt der Finanzminister. "Ja, und?" fragt der Chef.

"Die Richter haben ganz vergessen, dass der Beitragszahler 30 bis 40 Jahre im voraus Steuern gezahlt hat. Festverzinslich angelegt, kommt da ein stattlich Sümmlchen raus."

"Ja, und?"

"Ja, und dann haben diese Menschen auf diesen Betrag wegen der Progression auch noch den höchsten Steuersatz bezahlt."

"Ja, und?"

"Wir können diesen Betrag niemals zurückzahlen."

"Zurückzahlen? Bist du wahnsinnig? Wer kommt denn auf so eine dumme Idee?" fragt der Chef mit leicht geröteten Wangen.

"Ja, was denn sonst? Aber wir können nicht einmal auf die Steuereinnahmen verzichten. Oh Gott!"

"Also, pass auf", fährt nun der Chef dazwischen. „Wir zahlen weder was zurück noch verzichten wir auf Einnahmen. Denk dir was anderes aus."

"Mir fällt nichts ein." Entfährt es dem total entnervten Finanzminister.

„Also“, beginnt der Chef, "dann schreib mal auf. Das Verfassungsgericht sagt, der Beitragszahler hat nur 50 Prozent versteuert. Dann erheben wir die Einkommensteuer eben zunächst nur auf 50 Prozent der Renten. Hast du das?"

"Ja, und dann?"

"Die restlichen 50 Prozent werden über 40 Jahre nach und nach steuerpflichtig. Individuelle Rechenerei ist viel zu aufwendig.

Gleichzeitig werden die Beitragszahler im gleichen Tempo entlastet." "Wir haben doch Computer", murmelt der Finanzminister schüchtern, "und das ist nicht korrekt".

"Korrekt?" fragt der Chef. "Was ist schon korrekt. Haben Selbstständige oder leitende Angestellte jemals Steuern auf Ihre Beiträge zur Alterssicherung bezahlt?"

"Nein, nie!" Erschreckt schaut der Finanzminister zum Chef. "Und hat sich darüber schon mal einer empört?" "Nein nie", bestätigt der Finanzminister beflissen.

"Na, siehst du, und das bleibt auch so. Wer 40 Jahre lang Steuern auf etwas zahlt, das er vielleicht nie mehr ausbezahlt bekommt, der wird auch das schlucken." Und ein fröhliches Liedchen auf den Lippen verlässt der Chef den Raum.

Der Finanzminister schaut aus dem Fenster, und nach und nach verlässt auch ihn der Verstand, und fröhlich pfeifend folgt er seinem Herrn.

*Peter Weigelt*

---

### Neue Erkenntnis?

Große Aufregung beim Kapital!

„Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grassieren sie ab und ziehen weiter.“

**Franz Müntefering**

Aber wann wird die SPD endlich etwas zur Bekämpfung der „Heuschrecken“ tun?

## Stimme der Arbeitswelt

Die *Neue Zürcher Zeitung* und *Neues Deutschland* – so weit ist das Spektrum der Blätter, die vom Tod Max von der Grün Kenntnis gegeben haben. Der „Arbeiterdichter“, wie er allerorten titulierte wurde, ist am 7. April, fast 79jährig, in Dortmund gestorben. Drei Jahrzehnte war er Mitglied des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck, später der IG Medien gewesen; vier Jahrzehnte hat er als äußerst vielseitiger freier Schriftsteller gelebt und gearbeitet. Er veröffentlichte sehr erfolgreich Romane, Erzählungen, Hörspiele, politische Jugendbücher und literaturkritische Essays.

Am Beginn seines Erwachsenenlebens deutete nichts auf eine Karriere als Autor hin. Mit 17

wurde er Soldat, mit 18 geriet er in Gefangenschaft, aus der er erst 1948 nach Hause kam. Danach arbeitete der bayerische Sohn eines Schuhmachers auf dem Bau, später lange Zeit als Bergmann. Schon damals hatte er zu schreiben begonnen. Sein Thema: die Arbeitswelt untertage, die er realitätsnah und oft drastisch, mitfühlend und äußerst kritisch aus bitterer eigener Erfahrung beschrieb. Der Durchbruch als Schriftsteller gelang Max von der Grün mit seinem Bergarbeiter-Roman „Irrlicht und Feuer“, der 1963 erschien. Es war ein sehr umstrittenes Buch, hatte damals aber eine Wirkung, die man sich heute nur noch schwer vorstellen kann. Von der Gewerkschaft, deren wenig rühmliche Rolle von der Grün unverblümt darstellte, wurde er

als unsolidarisch und gewerkschaftsfeindlich abgelehnt, der Autor selbst als Nestbeschmutzer bezeichnet. Durch „Irrlicht und Feuer“ verlor Max von der Grün seine Arbeitsstelle; aber der Roman wurde in 18 Sprachen übersetzt und (in der DDR!) verfilmt. Weitere Verfilmungen anderer seiner sozialkritischen Werke folgten.

Schon vor seinem ersten Bucherfolg zählte Max von der Grün zu den Gründern der Dortmunder „Gruppe 61“. Ihr Ziel war es, den Menschen der industriellen Arbeitswelt in der zeitgenössischen Literatur mehr Gewicht zu verschaffen – gewissermaßen ein proletarisches Kontrastprogramm zur berühmt gewordenen, eher bürgerlichen „Gruppe 47“, deren Einladung zur Mitgliedschaft er abgelehnt hatte.

*Anna Riedel*

### WissenTransfer

#### Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik

Der Vereinigung gehören zurzeit gut 100 GewerkschafterInnen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen an, darunter Georg Benz, Frank Deppe, Gine Elsner, Detlef Hensche, Arno Klönne, Sybille Stamm, Bodo Zeuner, Karl Georg Zinn. Die Gruppe arbeitet unter anderem an folgenden Themen: alternative Wirtschaftspolitik, Globalisierung, Friedens- und Konfliktforschung, Probleme der deutschen Vereinigung, europäische Integration, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Frauenerwerbstätigkeit.

Zu den Aktivitäten der Vereinigung „WissenTransfer“ gehören außerdem Bildungsangebote, Workshops, Tagungen und Seminare, Analysen, Stellungnahmen. Vermittlung von ReferentInnen und Sachverständigen für betriebliche und gewerkschaftliche Veranstaltungen. Weitere Informationen unter:

[www.wissenstransfer.info](http://www.wissenstransfer.info)

## Profite mit Ein-Euro-Jobs

Der Verlag für die Deutsche Wirtschaft hat für Handwerksbetriebe eine Empfehlung zur Bereitstellung von Ein-Euro-Jobs herausgegeben: Die Betriebe sollen sich vor ruinöser Konkurrenz durch billige Arbeitslose nicht fürchten. Vielmehr, so heißt es da, soll das Handwerk von der arbeitsmarktpolitischen Neuerung profitieren.

Der Verlag erklärt das Prinzip der Ein-Euro-Jobs wie folgt: „Sie haben einen Auftrag zu erledigen, der einem öffentlichen Interesse dient. Beantragen Sie bei Ihrer örtlichen Arbeitsagentur, Ihnen dafür einen oder mehrere Langzeitarbeitslose zu vermitteln. Diese arbeiten an Ihrem Auftrag mit und erhalten von Ihnen ein Entgelt zwischen einem Euro und 1,50 Euro die Stunde. Als Entschädigung dafür, sowie für Ihren

generellen Aufwand, den Zusatzjob anzubieten, zahlt Ihnen die Arbeitsagentur 200 bis 500 Euro pro Monat und Zusatzjob.“

Die Vorteile für den Handwerksbetrieb werden betont: Ein Zusatzjobber soll 15 bis 20 Stunden wöchentlich arbeiten. Bei 80 Arbeitsstunden im Monat ergibt das höchstens 120 Euro Lohn für den Arbeitslosen. Die Arbeitsagentur überweist für jeden der Ein-Euro-Jobs 200 bis 500 Euro monatlich. „Wenn Sie klug wirtschaften, können Sie sogar noch ein Plus machen. Durch Ein-Euro-Jobs wird kein normales Arbeitsverhältnis mit seinen arbeitsrechtlichen Vorschriften begründet. Der Zusatzjobber behält seinen Status arbeitslos.“

*Der vollständige Text ist dieser WdA als Anlage beigelegt. (Sklavenhandel)*



## Niedriglohnarmut steigt!

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit gehörten im Jahr 2001 mehr als ein Sechstel aller Vollzeit-Beschäftigten in Deutschland zu den Geringverdienern. Seit 1997 hat der Anteil der Niedriglohnverdiener unter den Vollzeitbeschäftigten zugenommen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor häufig instabil und von kurzer Dauer sind. Aufstiegschancen sind gering. Nur eine Minderheit der Geringverdiener schaffte im Zeitraum von 1996 bis 2001 den Aufstieg in eine besser bezahlte Position.

Das Risiko einer dauernden Niedriglohnarmut ist für die Betroffenen groß. Ein überdurchschnittliches Niedriglohnrisiko tragen Frauen, Geringqualifizierte, Beschäftigte in Ostdeutschland, Jugendliche und junge Erwachsene, Beschäftigte in Kleinbetrieben sowie im Dienstleistungsbereich und im Handel. Frauen stellten beispielsweise im Jahr 2001 nur knapp 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, aber 57 Prozent der Niedriglohnverdiener. Und jüngere Beschäftigte sind einem höheren Niedriglohnrisiko

ausgesetzt als ältere. Das höchste Risiko aber tragen Geringqualifizierte ohne Ausbildung. Die Mehrheit der Niedriglohnbezieher hat allerdings eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Eine Analyse für 12 EU-Länder kommt zu dem Ergebnis, dass die Aufstiegswahrscheinlichkeit für Geringverdiener in Deutschland sehr schlecht ist. In allen untersuchten Ländern sind die Aufstiegschancen höher. Selbst in Großbritannien, das mit 19,4 Prozent einen deutlich größeren Niedriglohnsektor hat, ist die Aufstiegswahrscheinlichkeit von Geringverdienern größer als in Deutschland. Je geringer die Aufstiegschancen sind, desto größer ist das Risiko dauerhafter Niedriglohnarmut!

Im internationalen Vergleich liegt der deutsche Niedriglohnsektor leicht über dem EU-Durchschnitt mit steigender Tendenz. Der Anteil der unterbezahlten Beschäftigten in der EU ist in Großbritannien am höchsten. Noch wesentlich höher ist er allerdings in den USA. Immer mehr Beschäftigte sitzen auch in Deutschland in der Niedriglohnfalle fest, so dass ihr Armutsrisiko dauerhaft steigt. —es.

### Buchtip

Werner Rügemer (Herausgeber)  
**Die Berater**  
 Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft  
*Transcript Verlag, 260 Seiten, 21,80 Euro*

Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater und Wirtschaftskanzleien sind die „bisher unerkannte, zivile Privatarmee des Neoliberalismus“, so Rügemer. Global agierende Beraterkonzerne wie KPMG, McKinsey, Price Waterhouse Coopers beherrschen den Markt. Nachdem sie jahrzehntelang die großen Unter-

nehmen beraten haben, krepeln sie seit ihrem Einstieg bei der Treuhand 1990 den Staat um. Ob Toll Collect, Cross Border Leasing oder der Verkauf von Stadtwerken – überall sind die Berater am Werk, vermitteln zu Banken, Investoren und anderen Beratern, organisieren den Verkauf öffentlichen Eigentums, verfassen die Privatisierungsverträge.

„Der gegenwärtige Beraterboom und die fortschreitende Verarmung und Entrechtung auf der einen Seite und die Bereicherung auf der anderen Seite hängen ursächlich zusammen“, erklärt der Herausgeber dieses lesenswerten Buches.

### Kommentar **Die Kapitalismusdebatte**

Vor wenigen Wochen hat SPD-Vorsitzender Franz Müntefering einen Stein ins Wasser geworfen, der hohe Wellen schlägt. Mit seiner Kritik an der Macht des Kapitals hat er eine heftige Debatte ausgelöst. Dabei ist weniger aufregend, was Müntefering tatsächlich gesagt hat. Viel interessanter ist, wie Konzernherren mit ihren Führungskräften und Propagandisten, wie ein Großteil der Medien und die politischen Interessenvertreter des Kapitals darauf reagieren. Ein Kurswechsel in der Regierungspolitik ist kaum zu erwarten. Vielmehr fürchten die Herrschaften eine Ausweitung der öffentlichen Debatten über die Politik des Kapitals und ihre menschenverachtenden Folgen. Sie lassen sich bei der Ausbeutung von Staat und Gesellschaft zur Steigerung der Profite nicht gern stören. Die Reaktion auf Münteferings Äußerungen zeigt, wie notwendig engagierte Kapitalismuskritik in allen gesellschaftlichen Bereichen ist. Die Verursacher von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und wachsender Armut müssen zur Verantwortung gezogen, der Kampf gegen die Ökonomisierung der Gesellschaft muss endlich konkret werden!

*Franz Kersjes*

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:  
 Franz Kersjes,  
 Abendrothstraße 5, 50769 Köln,  
 Telefon: 0171 - 5 26 65 35,  
 Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck erwünscht.  
 Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.